

## II. Rechenschaftsbericht

## 1. Das Haushaltsjahr 2019: Planung, Verlauf und Ergebnis

Die Haushaltsplanung für die Jahre 2019 und 2020 erfolgte vor dem Hintergrund guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Erwartung, dass sich der Aufschwung auch über das Jahr 2018 hinaus fortsetzen würde. Diese Entwicklungsperspektive spiegelte sich auch in den Ansätzen des Doppelhaushalts 2019/2020, den der Gemeinderat am 20.12.2018 beschlossen hat, wider. Vor allem bei der Gewerbesteuer, den Schlüsselzuweisungen und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnten höhere Ansätze veranschlagt werden. Während für 2019 ein positives ordentliches Ergebnis erwartet wurde (10,9 Mio. €), ergab sich für 2020 in der Planung ein negatives ordentliches Ergebnis in gleicher Höhe. Ein in beiden Jahren veranschlagtes umfangreiches Investitionsprogramm führte dazu, dass Kreditermächtigungen i. H. v. 25,8 Mio. € (2019) bzw. 28,5 Mio. € (2020) in den Haushalt aufgenommen werden mussten.

In Anbetracht dieser Eckdaten und unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung mit ihrem hohen Investitionsvolumen hat das Regierungspräsidium Karlsruhe seine Haushaltsgenehmigung mit Auflagen verbunden (insbesondere Einschränkungen beim Ausschöpfen der Kreditermächtigungen, Einsatz von Verbesserungen im Finanzhaushalt zur Verminderung des Kreditbedarfs).

In 2019 zeigte sich bereits unterjährig eine leicht positive Entwicklung im Ergebnishaushalt. Dieser schloss dann mit einem positiven Ergebnis i. H. v. 34,1 Mio. € ab. Der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung lag bei 79,4 Mio. € und übertraf den Ansatz um 19,2 Mio. €. Erneut verhalten entwickelte sich die Investitionstätigkeit: vor allem die Auszahlungen lagen unter den Planwerten. Dies reduzierte zwar den Mittelbedarf in 2019, bedeutete oft aber nur ein Verschieben des Mittelbedarfs ins Folgejahr. Daher war – auch aufgrund des zum Jahresbeginn hohen Kassenbestands – eine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung nicht erforderlich. Der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2019 lag bei 63,6 Mio. € und der Schuldenstand bei 181,5 Mio. € (geplant 206,8 Mio. €).

Die wichtigsten Eckdaten auf einen Blick:

	Plan 2019 in Mio. €	Ergebnis 2019 in Mio. €	+/- in 2019 in Mio. €
<b>Ergebnishaushalt:</b>			
Ordentliche Erträge	662,8	679,6	16,8
Ordentliche Aufwendungen	651,9	645,5	-6,4
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>10,9</b>	<b>34,1</b>	<b>23,2</b>
<b>Finanzhaushalt / Liquidität:</b>			
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung	60,2	79,4	19,2
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14,8	12,0	-2,8
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	99,7	76,1	-23,6
Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungen)	25,8	0	-25,8
<b>Schuldenstand zum 31.12.2019 (ohne Restkaufpreisschulden)</b>	<b>206,8</b>	<b>181,5</b>	<b>-25,3</b>
Veränderung des Zahlungsmittelbestands	-10,1	-4,7	5,4
<b>Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2019</b>	<b>49,9</b>	<b>63,6</b>	<b>13,7</b>

Die wichtigsten Entwicklungen und Ergebnisse des Jahres 2019:

### Ordentliche Erträge (+16,8 Mio. €)

Mehrerträge entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Zuschüsse +5,6 Mio. €, insbesondere in den Bereichen Theater, Digitalisierung der Schulen und Anschlussunterbringung von Menschen auf der Flucht
- Grunderwerbsteuer +4,8 Mio. €
- Gewerbesteuer +2,5 Mio. €
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer + 2,6 Mio. €
- Gebühren +1,7 Mio. €
- Kostenerstattungen +1,5 Mio. €

Minderträge entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer -2,3 Mio. €
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende -1,0 Mio. €

### **Ordentliche Aufwendungen (-6,4 Mio. €)**

Mehraufwendungen entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Zuschuss an den Eigenbetrieb städtische Beteiligungen +4,9 Mio. €, vor allem aufgrund des Mehrbedarfs im ÖPNV

Minderaufwendungen entstanden u. a. in folgenden Bereichen:

- Zuschüsse des Kinder- und Jugendamtes -5,6 Mio. €, insbesondere aufgrund der Verzögerungen beim Ausbau des Betreuungsplatzangebots
- Transferleistungen des Amtes für Soziales und Senioren -2,9 Mio. €
- Abschreibungen -2,0 Mio. €
- Personal- und Versorgungsaufwendungen -1,2 Mio. € aufgrund von Verzögerungen bei Stellenbesetzungen sowie bei der Ausweitung des Platzangebots für Kinderbetreuung in Abhängigkeit von den erforderlichen Räumlichkeiten
- Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende -1,2 Mio. €

### **Ordentliches Ergebnis (+23,2 Mio. €) und Zahlungsmittelüberschuss (+19,2 Mio. €)**

In 2019 spielten im Ergebnishaushalt die Verbesserungen bei den allgemeinen Finanzmitteln (+7,0 Mio. €) eine weniger große Rolle als in den Vorjahren. Die übrigen großen Verbesserungen und Verschlechterungen konzentrierten sich insbesondere auf die Bereiche Soziales und Jugend, Personalaufwand, städtische Beteiligungen und Abschreibungen.

Da bei der Ermittlung des Zahlungsmittelüberschusses der Ergebnisrechnung die nicht-kassenwirksamen Vorgänge wie z. B. die Abschreibungen nicht mit einfließen sind, lag die Verbesserung beim Zahlungsmittelüberschuss unter der des ordentlichen Ergebnisses. Das Plus gegenüber der Planung stand als Eigenmittel für die Investitionstätigkeit zusätzlich zur Verfügung.

### **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (-2,8 Mio. €)**

Das Ergebnis bei den investiven Einzahlungen (12,0 Mio. €) wurde vor allem bestimmt durch über dem Ansatz liegende Grundstücksveräußerungen (+2,9 Mio. €) und durch Verzögerungen bei der Auszahlung von Zuschüssen im Schulbereich (-3,6 Mio. €) sowie für Tiefbaumaßnahmen (-1,2 Mio. €).

### **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (-23,6 Mio. €)**

Die investiven Auszahlungen (76,1 Mio. €) erreichten den Haushaltsansatz (99,7 Mio. €) nicht. Ursache hierfür waren vor allem unter dem Ansatz liegende Auszahlungen für Baumaßnahmen (-9,7 Mio. €) und Investitionsfördermaßnahmen (-7,4 Mio. €). Dadurch mussten Haushaltsreste i. H. v. 26,8 Mio. € nach 2020 übertragen werden.

Schwerpunkte der investiven Auszahlungen waren:

- Einzahlungen in die Kapitalrücklagen der SWH (18,3 Mio. €) und der GGH (2,7 Mio. €)
- Tiefbaumaßnahmen (16,7 Mio. €), darunter u. a. Neubau der Hebelstraßenbrücke (6,5 Mio. €) und Fortführung des Straßenerneuerungsprogramms (5,9 Mio. €)
- Schulbaumaßnahmen (9,5 Mio. €), darunter die Generalsanierung des Hölderlin-Gymnasiums (4,5 Mio. €), die Erweiterung der Marie-Baum-Schule (1,4 Mio. €) und der Neubau einer Mensa für die Waldparkschule
- Finanzierungsanteile des Treuhandvermögens Bahnstadt (4,5 Mio. €)
- Erwerb von Grundstücken (2,2 Mio. €) und beweglichem Sachvermögen (10,5 Mio. €)
- Investitionszuschüsse an Dritte (3,6 Mio. €), vorwiegend für Maßnahmen des ÖPNV

### **Kreditaufnahmen (-25,8 Mio. €), Zahlungsmittelbestand und Schuldenstand**

Insbesondere aufgrund des sich positiv entwickelnden Zahlungsmittelüberschusses des Ergebnishaushalts und des geringeren Mittelbedarfs im investiven Bereich mussten keine Kredite aufgenommen werden (Ansatz 25,8 Mio. €), während gleichzeitig der Zahlungsmittelbestand zum Jahresende mit 63,6 Mio. € über dem Ansatz (49,9 Mio. €) lag. Der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) belief sich zum 31.12.2019 auf 181,5 Mio. € (Plan 206,8 Mio. €).

### **Bilanz**

Die Bilanzsumme zum 31.12.2019 hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1,510 Mrd. € auf 1,547 Mrd. € erhöht. Ursache sind insbesondere Zugänge im Bereich des Sachvermögens durch die Bebauung der Bahnstadt und der Konversionsflächen. Das Basiskapital liegt unverändert bei 807,0 Mio. €.

## 2. Analyse von Kennzahlen

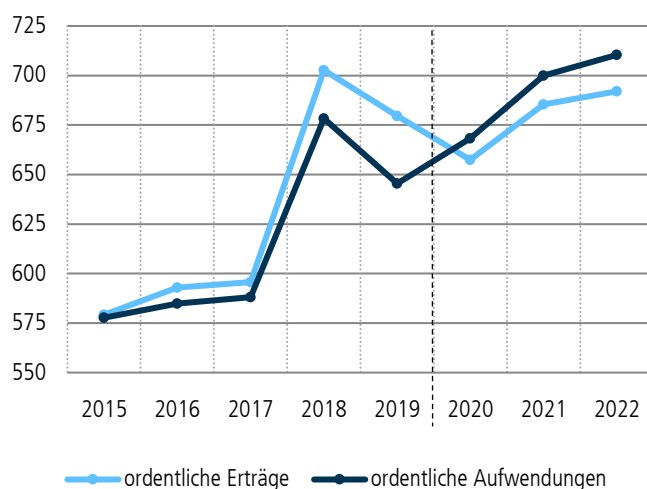
Hinweis: Die Planzahlen in den folgenden Tabellen und Grafiken geben den Stand aus der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung (Dezember 2019) wieder. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind darin noch nicht enthalten.

### 2.1 Ergebnisrechnung

in Mio. €	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	Plan 2020	F-Plan 2021	F-Plan 2022
Ordentliche Erträge	579,2	593,0	595,6	702,7	679,6	657,4	685,3	692,0
Ordentliche Aufwendungen	577,7	584,8	588,1	678,2	645,5	668,3	699,9	710,4
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>1,5</b>	<b>8,2</b>	<b>7,5</b>	<b>24,4</b>	<b>34,1</b>	<b>-10,9</b>	<b>-14,6</b>	<b>-18,4</b>

Das Jahr 2018 hatte Ausnahmecharakter, da einerseits überdurchschnittlich hohe Gewerbesteuererträge erzielt wurden und andererseits dadurch bei den Aufwendungen eine entsprechende Rückstellung gebildet werden musste, da unsere Steuerstärke in 2018 zeitversetzt in 2020 zu hohen Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs führt.

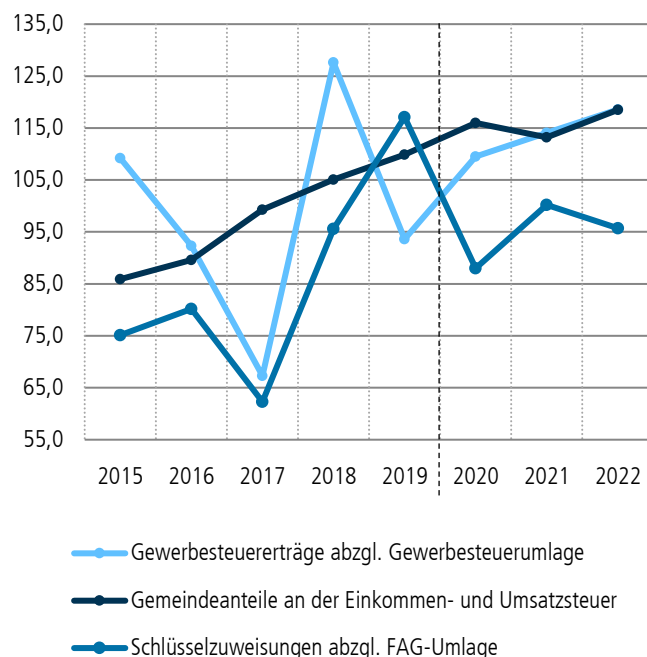
Laut Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung ist nicht nur in 2020 sondern auch in den Folgejahren mit einem negativen ordentlichen Ergebnis zu rechnen, da die Aufwendungen stärker steigen als die Erträge. Dies ist keine gute Ausgangssituation für die Belastungen im Zuge der Corona-Pandemie, die in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht enthalten sind.



Die **Ertragsseite** wird wesentlich von den Steuern, Steueranteilen und Schlüsselzuweisungen dominiert (in 2019 64 % aller Erträge). Infolge der Corona-Pandemie sind vor allem in diesem für den Gesamthaushalt so wichtigen Bereich nicht nur in 2020 sondern auch in den Folgejahren deutliche Ertragsausfälle zu erwarten.

Entwicklung in den zurückliegenden Jahren:

- Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer:**  
 Konstant steigende Entwicklung insbesondere aufgrund der guten Verfassung der Wirtschaft, steigenden Erwerbstätigenzahlen und höheren Einkommen sowie ab 2015 der Ausschüttung von Entlastungsmitteln des Bundes im Rahmen der Umsatzsteuer. Der Rückgang in 2021 folgt aus dem Auslaufen der zusätzlichen Bundesmittel für Sozialhilfebelastungen.
- Gewerbesteuer abzgl. Gewerbesteuerumlage:**  
 Starke Aufkommensschwankungen insbesondere durch den Umfang an Nachzahlungen. Ab 2020 wurde der Prozentsatz der Gewerbesteuerumlage deutlich gesenkt.
- Schlüsselzuweisungen abzgl. FAG-Umlage:**  
 Zeitversetzt um zwei Jahre wirken sich die Gewerbesteuerergebnisse auf die Schlüsselzuweisungen aus: höhere (geringere) Gewerbesteuererträge bedeuten sinkende (steigende) Schlüsselzuweisungen sowie höhere (niedrigere) FAG-Umlage-Belastungen.

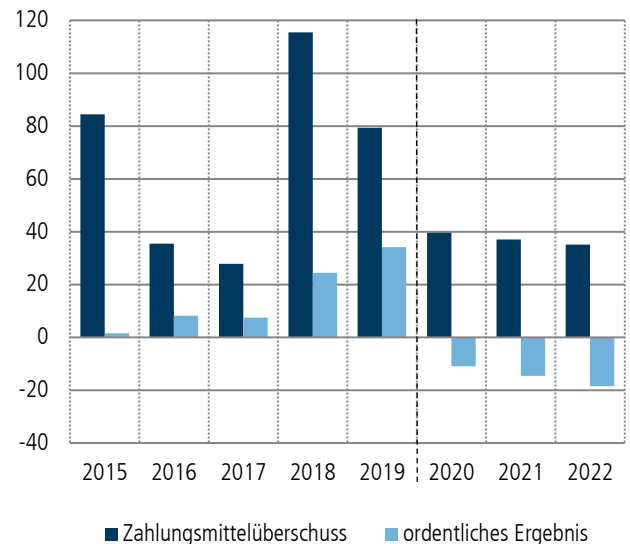


## 2.2 Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung

in Mio. €	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	Plan 2020	F-Plan 2021	F-Plan 2022
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	84,4	35,5	27,9	115,5	79,4	39,6	37,1	35,1

Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts sind vom Haushalt selbst erwirtschaftete Mittel für Investitionen. Je höher der Zahlungsmittelüberschuss desto größer der Spielraum für Investitionen und desto geringer der Kreditbedarf. Ebenso wie bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen zeigt sich auch hier der Ausnahmecharakter des Jahres 2018.

Laut mittelfristiger Finanzplanung ist der Zahlungsmittelüberschuss rückläufig, da die Auszahlungen des Ergebnishaushalts stärker steigen als die Einzahlungen. Dies erschwert die Umsetzung des Investitionsprogramms. Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere die Einnahmeausfälle im Ergebnishaushalt, werden massive Auswirkungen auf den Zahlungsmittelüberschuss haben. So wird er in 2020 ff deutlich unter dem Ansatz liegen.

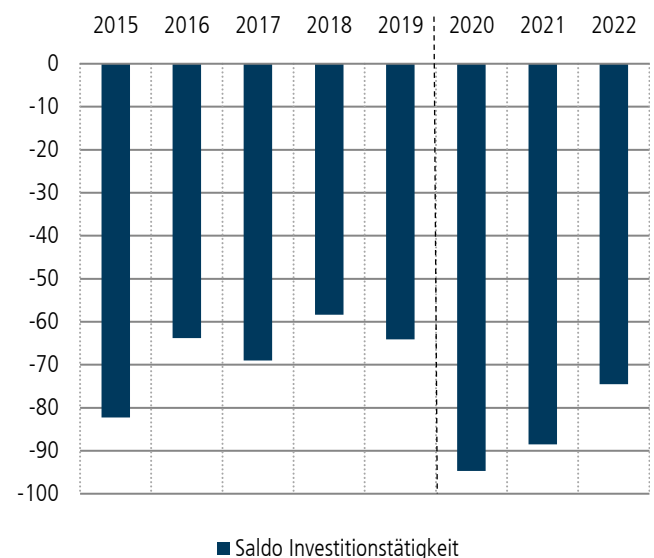


## 2.3 Investitionstätigkeit

in Mio. €	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	Plan 2020	F-Plan 2021	F-Plan 2022
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9,1	14,9	7,5	7,9	12,0	14,2	16,5	21,7
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	91,4	78,7	76,5	66,3	76,1	108,9	105,0	96,2
<b>Saldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-82,3</b>	<b>-63,8</b>	<b>-69,0</b>	<b>-58,4</b>	<b>-64,1</b>	<b>-94,7</b>	<b>-88,5</b>	<b>-74,5</b>

Beim Vergleich zwischen den Plan- und den Ergebniswerten zeigt sich in 2019 erneut, dass die Höhe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit nicht nur von den verfügbaren Mitteln abhängt. Vielmehr muss auch berücksichtigt werden, dass die zunehmende Komplexität von Planungs- und Abstimmungsprozessen und die hohe Auslastung der Mitarbeiter/-innen sowohl in der Verwaltung als auch bei den Beteiligungsunternehmen und in Fremdfirmen zentrale Zeitfaktoren bei der Projektumsetzung sind.

Ein sinkender Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts – auch unter Berücksichtigung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie – schränkt in den nächsten Jahren die Möglichkeiten für Investitionen ein. Daher werden die in 2020 veranschlagten sowie die bisher in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Projekte nicht im vorgesehenen Umfang umgesetzt werden können.



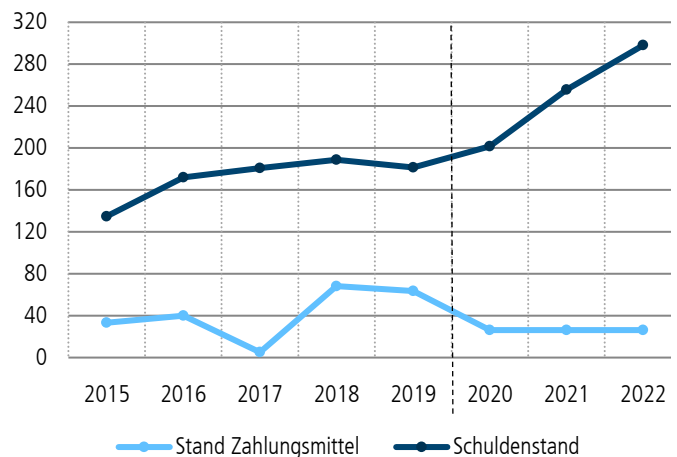
## 2.4 Investitionsfinanzierung

Der Zahlungsmittelbestand und der Schuldenstand entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	Plan 2020	F-Plan 2021	F-Plan 2022
Endstand an Zahlungsmitteln (in Klammer fortgeschriebener Planwert auf Basis des RE 2019)	33,2	39,9	5,1	68,2	63,6	12,4 (26,1)	12,4 (26,1)	12,4 (26,1)
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	134,8	171,8	180,7	188,9	181,5	201,6	255,7	298,0

Der gesetzliche Mindestbestand an Zahlungsmitteln liegt in 2019 und 2020 bei rund 11 Mio. €.

In 2019 ging der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr leicht zurück, vor allem da das Investitionsvolumen hinter den Ansätzen zurückblieb und keine neuen Kredite aufgenommen werden mussten. Laut Aktualisierung der mittelfristigen Finanzplanung ist in den nächsten Jahren mit einem deutlich steigenden Schuldenstand zu rechnen. Die tatsächliche Entwicklung wird allerdings stark davon abhängen, wie sich die finanziellen Rahmenbedingungen infolge der Corona-Pandemie tatsächlich entwickeln werden und wie dem in der Haushaltsplanung und im Haushaltsvollzug wirksam begegnet werden kann.



## 2.5 Zusammenfassung und Bewertung

In 2019 schloss der Ergebnishaushalt bei einem positiven ordentlichen Ergebnis i. H. v. 34,1 Mio. € erneut besser ab als geplant, während der hohe Ansatz bei den Investitionsmitteln auch in 2019 nicht vollständig bewirtschaftet werden konnte. Kreditaufnahmen wurde nicht getätigt. Der Schuldenstand belief sich zum 31.12.2019 auf 181,5 Mio. € und ist gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Mio. € gesunken.

Ende 2019 wurde die mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2021 bis 2023 fortgeschrieben. Danach verschlechtert sich die finanzielle Situation in diesen Jahren gegenüber den bisherigen Annahmen. So lassen Mindererträge und Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt die Eigenmittel für Investitionen sinken, während gleichzeitig (u. a. durch Kostensteigerungen) der Mittelbedarf für die Investitionstätigkeit steigt. In der Folge steigt die Verschuldung stärker als bisher eingeplant und die finanziellen Handlungsspielräume für die Haushaltsplanungen zum Doppelhaushalt 2021/2022 verengen sich.

Zusätzlich dazu sind ab dem 1. Quartal 2020 auch die finanzwirtschaftlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie zu meistern. Für 2020 bedeutete dies zunächst eine Erhöhung der Haushaltssperre. Außerdem wurden zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt ab Ende März die Regelungen aus § 83 Gemeindeordnung zur vorläufigen Haushaltsführung innerhalb der Verwaltung analog angewandt. Mit der Vorbereitung des notwendig gewordenen Nachtragshaushalts für das Jahr 2020 für eine Beschlussfassung nach der Sommerpause wurde begonnen.

### 3. Ziele und Strategien

#### Stand der Aufgabenerfüllung

#### Chancen und Risiken

##### 3.1 Ziele und Strategien: Festlegung und Berichtswesen

Seit 1997 gibt der **Stadtentwicklungsplan** (STEP) die Leitlinien und Ziele für die Kommunalpolitik vor. In der Präambel heißt es: „Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Er orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demografischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungsplanes aus dem Jahr 1974 dienen dabei als Grundlage.“

2006 erfolgte eine Fortschreibung. Eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplanes liefern die Nachhaltigkeitsberichte 2004, 2007, 2011 und 2014.

Der Stadtentwicklungsplan soll als **Stadtentwicklungskonzept** Heidelberg 2035 (STEK) auf der Grundlage der weltweit geltenden „Sustainable Development Goals“ (SDG) fortgeschrieben werden. Dabei wird das Leitbild der Nachhaltigkeit aus dem Stadtentwicklungsplan beibehalten.

Die **Teilhaushalte** der einzelnen Ämter enthalten die für die jeweiligen Haushaltsjahre festgelegten operationalen Ziele und Maßnahmen. Über die Zielerreichung informieren die Ämter in den Jahresberichten.

##### 3.2 Stand der Aufgabenerfüllung zum 31.12.2019

Im Jahr 2019 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Im Bereich der Standardaufgaben gab es insbesondere folgende wesentliche, **strukturelle Veränderungen** gegenüber 2018:

- Gründung des Amtes für Digitales und Informationsverarbeitung zur Gestaltung und Lenkung der digitalen Entwicklung in der Stadtverwaltung und in der Stadtgesellschaft sowie Umzug in den Heidelberg Innovation Park (hip)
- Zusammenführung des Gebäudemanagements und der Abteilung Objektservice des Amtes für Liegenschaften und Konversion im Hochbauamt verknüpft mit der Neuausrichtung des Aufgabenfeldes (neue Zielsetzung: Projekte künftig verstärkt wieder selbst zu planen und ausführen) und einem Umzug in die Römerstraße 5
- Gründung des Eigenbetriebs Theater und Orchester Heidelberg zum 01.09.2019
- Übergang der Stadthalle in die Theater- und Orchesterstiftung

Über das Erreichen der **finanziellen Zielsetzungen** wurde bereits unter Ziffer 1 und 2 dieses Berichts informiert.

Die Zahl der Einwohner/-innen in Heidelberg steigt auch weiterhin. Laut der **Heidelberg-Studie** von 2018 fühlen sich 97 % der Heidelberger/-innen wohl in ihrer Stadt. Der Verkehr und der Wohnungsmarkt werden weiterhin als die wichtigsten Probleme in der Stadt genannt.

### 3.3 Chancen und Risiken

Von zentraler Bedeutung für die öffentlichen Haushalte ist die **allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage**. Angesichts der Corona-Pandemie ist die Wirtschaftsleistung weltweit stark zurückgegangen. Dies stellt Deutschland als global vernetzte Exportnation vor große Herausforderungen. Für die Städte und Gemeinden bedeutet das insbesondere Steuerausfälle sowie einen höheren Mittelbedarf zur Bewältigung der Folgen und Auswirkungen der Pandemie. Ziel der Bundesregierung in ihrem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket ist es, Deutschland schnell wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen, der Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. So enthält es auch Maßnahmen, die – begleitend von den erforderlichen Unterstützungsleistungen durch die Bundesländer – die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten sollen. Dennoch werden in den kommunalen Haushalten nicht nur in 2020 sondern auch noch in den Folgejahren die Auswirkungen der Pandemie deutlich zu spüren sein und Einschränkungen sowie Haushaltskonsolidierungen erforderlich machen.

Heidelberg ist eine **wachsende Stadt**. Die Einwohnerzahl lag Stand 30.06.2019 bei knapp 160.200, sie ist im ersten Halbjahr 2020 jedoch auch aufgrund der coronabedingten geringeren Zuzüge zurückgegangen, sie nimmt aber mittelfristig durch die Besiedlung der Bahnstadt und der Konversionsflächen wieder deutlich zu. Dies führt zwar zu höheren Einnahmen (insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen) aber gleichzeitig auch zu einer Aufgabemehrung und damit u. a. auch zu einem höheren Personalbedarf in der Verwaltung. Durch die hohe Beschäftigung wird die Gewinnung von Arbeitskräften jedoch zunehmend schwieriger und führt vermehrt zu temporären Stellenvakanzen.

Ein zentrales Thema in vielen Lebensbereichen ist die **Digitalisierung**. Laut Smart City Index des Digitalverbands Bitkom vom Herbst 2019 zählt Heidelberg zu den besten deutschen Städten bei der digitalen Entwicklung und überzeugt insbesondere in den Bereichen Energie, Umwelt und Mobilität. Als vom Land Baden-Württemberg ausgezeichnete digitale Zukunftskommune arbeitet Heidelberg an digitalen Weiterentwicklungen, die den Service der Stadtverwaltung weiter verbessern und den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen unter anderem über digitale Assistenzsysteme erleichtern. Durch den Einsatz innovativer und intelligenter Technologien soll die Attraktivität der Stadt sowohl für ihre Bürger/-innen als auch für Unternehmen weiter erhöht werden. Über den Digitalpakt wird mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln die Digitalisierung der Schulen weiter deutlich vorangetrieben.

Ebenfalls kontinuierlich zukunftsfähig gemacht wird seit vielen Jahren – unter Berücksichtigung der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit – die vorhandene Infrastruktur, insbesondere das kommunale **Immobilienvermögen**. Eine neue Dynamik hat diese – durch die Vielzahl, die Größe und die Nutzungsintensität der kommunalen Gebäude – nicht geringe Herausforderung durch den 30-Punkte-Aktionsplan für mehr Klimaschutz erhalten. Das organisatorisch optimierte und personell verstärkte Hochbauamt wird daher auch in den nächsten Jahren ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu bewältigen haben. Im Schulbereich geht es außerdem darum, Sanierungsmaßnahmen mit der Schaffung einer modernen IT-Infrastruktur logistisch und wirtschaftlich intelligent zu verknüpfen. Die deutlichen Preissteigerungen im Bausektor haben in der letzten Zeit die Umsetzung von Baumaßnahmen nicht nur deutlich verteuert sondern zum Teil auch durch notwendige Neuausschreibungen verzögert. Dies engt die Spielräume für die Ausweitung von Sanierungsprogrammen ein.

Heidelberg als Stadt mit hoher Attraktivität für Familien investiert seit vielen Jahren in den Ausbau von **Kinderbetreuungsplätzen**. Mit einer Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren von 54,9 % (Kindergartenjahr 2019/2020) und einer Vollversorgung im Kindergartenbereich liegt das Platzangebot weit über dem Durchschnitt. Auch in den nächsten Jahren wird eine steigende Nachfrage – auch in Zusammenhang mit der Verschiebung des Einschulungstichtags – einen weiteren Angebotsausbau erforderlich machen. Außerdem hat der Gemeinderat im Dezember 2019 bzw. im 1. Halbjahr 2020 eine Ausweitung der Entlastung der Eltern bei den Betreuungsentgelten beschlossen.

Der 2018 vorgelegte Bericht zur **sozialen Lage** wurde in 2019 durch die Bertelsmann-Studie zur Armut bestätigt. So hat Heidelberg die niedrigste Armutsquote unter allen Großstädten in Deutschland. In Heidelberg sind 5 % der Menschen auf Sozialleistungen angewiesen; diese Quote ist im Bundesdurchschnitt doppelt so hoch, im Durchschnitt der Großstädte sogar dreimal so hoch. Zu verdanken ist dies auch einem kontinuierlichen Engagement der Stadt und ihrer Partner in einem eng geknüpften Unterstützungsnetzwerk. Armut soll auch weiterhin bekämpft werden. Ein Sozialraummonitoring soll helfen, schnell und gezielt auf Veränderungen reagieren und Projekte inhaltlich anpassen zu können.

Dem wachsenden **Wohnraumbedarf** sozial ausgewogen und nachhaltig zu begegnen ist ein wichtiges Ziel der Stadt Heidelberg, da weiterhin von einem Wachstum der Einwohnerzahl auszugehen ist, das über die Kontingente in der Bahnstadt und auf den Konversionsflächen hinausgeht. Allerdings zählt Heidelberg beim Wohnen zu den bundesweit teuersten Städten. Daher hat der Gemeinderat 2017 das Handlungsprogramm Wohnen als verbindlichen Leitfaden für die kommunale Wohnungspolitik beschlossen. Als eine wichtige Grundlage hierfür wurde die neue Wohnraumbedarfsanalyse, die die quantitative und qualitative Entwicklung des Wohnraumbedarfs in Heidelberg darstellt, im ersten Halbjahr



2020 dem Gemeinderat vorgestellt. Außerdem hat der Gemeinderat die Erstellung eines Konzepts für eine aktive Liegenschaftspolitik über Erbbaurechtsvergaben initiiert. So sollen die dauerhafte soziale Stabilität von Quartieren gesichert und zukünftig planerische Gestaltungsspielräume erhalten bleiben.

Parallel dazu wurde in 2017 die Wirtschaftspolitik mit dem **Wirtschaftsentwicklungskonzept** auf eine neue Basis gestellt. Es zeigt Möglichkeiten auf, wie Heidelberg als dynamischer Standort auch künftig geeignete und marktfähige Wirtschaftsflächen anbieten kann. Ziel ist, dass eine prosperierende Wirtschaft auch weiterhin ein wichtiger Stützpfeiler für den Wohlstand Heidelbergs bleibt. Zentrale Vorhaben sind dabei die Entwicklung des Heidelberg Innovation Park (hip) sowie Projekte rund um das Thema Digitalisierung.

Für die Umsetzung der Zielsetzungen in den Bereichen Wohnen und Wirtschaft bieten die **Konversionsflächen** (insgesamt rund 180 Hektar Fläche) vielfältige Möglichkeiten:

- **Mark-Twain-Village** und **Campbell Barracks**: Hier entstehen 1.400 Wohnungen, – 70% davon im preiswerteren Segment – sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Nach der Sanierung der Mark Twain Schule für die Julius-Springer-Schule, dem Umbau der Kommandantur zum Mark-Twain-Center für transatlantische Beziehungen und der Umgestaltung der Chapel zum Bürgerzentrum ist das nächste große städtische Projekt die Ansiedlung des Kulturhauses Karlstorbahnhof (Spatenstich Herbst 2019). Für das vom Landschafts- und Forstamt und der Internationalen Bauausstellung (IBA) begleitete Projekt „Der Andere Park“ zur Vernetzung der Wissensorte über öffentliche Freiräume hat der Bund Fördermittel (5,9 Mio. €) zugesagt.
- Die **Patton Barracks** werden zum Hotspot für Innovation und Technik. Hier wächst der Heidelberg Innovation Park (hip), in dem Lösungen für die digitale Welt entstehen. Die ersten Firmen sind 2019 eingezogen. In der neuen Großsporthalle für bis zu 5.000 Zuschauer/-innen erhält der Breiten- und Spitzensport ein neues Zuhause.
- Auf der Konversionsfläche **Hospital** entstehen 600 Wohnungen (davon 50 % preiswerter Wohnraum) ergänzt durch Gewerbe, Kultur- und Bildungseinrichtungen und einen Park. Klimafreundlicher Verkehr soll durch die Förderung von Rad- und Fußverkehr sowie den Bau von Tief- und einer Quartiersgarage ermöglicht werden.
- Für **Patrick Henry Village** wurde Ende 2019 ein dynamischer Masterplan vorgestellt für einen nachhaltigen, modernen und urbanen Stadtteil, der Wohnort für rund 10.000 und Arbeitsort für etwa 5.000 Menschen wird. Die benötigte Energie soll so weit wie möglich innerhalb des Stadtteils in dezentralen Strukturen produziert werden. Außerdem soll hier umweltfreundliche Mobilität gelebt werden. Naturnahe Freiräume sollen nicht nur der Freizeitnutzung dienen sondern auch der Nahrungsmittelproduktion und der Wasserbewirtschaftung. Im Sommer 2020 erfolgte die Beschlussfassung über den dynamischen Masterplan im Gemeinderat.
- In 2019 hat der Gemeinderat für das **Airfield** die ergebnisoffene Weiterentwicklung der Idee für einen Landwirtschaftspark beschlossen. Berücksichtigt werden sollen dabei die verschiedenen Nutzungsideen wie u. a. eine Renaturierung der Fläche, ein Stadtpark sowie eine Bewerbung zur Landesgartenschau.

Umfangreiche Investitionsmittel sind auch für den Ausgleich des Treuhandvermögens **Bahnstadt** notwendig. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht Stand 30.06.2019 schließt zum Laufzeitende im Jahr 2022 mit einem prognostizierten Defizit von 25,4 Mio. € ab, das von der Stadt auszugleichen ist. Trotz der sehr dynamischen Entwicklung der Bahnstadt ist abzusehen, dass die Entwicklung des neuen Stadtteils auch über das Jahr 2022 hinausgehen wird. Über eine mögliche Fortschreibung der Laufzeit über das Jahr 2022 hinaus soll daher mit dem Wirtschaftsplan 2021 entschieden werden.

Die Bahnstadt wird auch Standort des neuen **Konferenzentrums** sein. Laut einer Analyse könnten mit ihm ausgelagerte Kongresse wieder nach Heidelberg geholt und die Wirtschaftsinfrastruktur erheblich aufgewertet werden. Weitgehend parallel hierzu kann die **Stadthalle** – überwiegend dank großzügiger Spender und Sponsoren – umfassend renoviert und zu einem Konzert- und Kulturhaus weiterentwickelt werden.

Ein Großprojekt zur Verbesserung der Infrastruktur stellt auch das **Mobilitätsnetz** dar: Im Rahmen des in 2015 begonnenen Ausbaus und der Modernisierung des Straßenbahnnetzes wurden inzwischen fünf Teilprojekte mit einem Investitionsvolumen von 80 Mio. € fertiggestellt. Im Kampf gegen den Klimawandel setzt Heidelberg auch künftig auf den Ausbau des Nahverkehrs. Neben den baulichen Investitionen bindet auch die laufende **Finanzierung des ÖPNV** durch Kostensteigerungen und Angebotsausweitungen beträchtliche Haushaltsmittel.

Mit dem Ausrufen des Klimanotstandes soll **Klimaschutz** noch mehr als bisher zum zentralen Leitmotiv für politisches Handeln werden. Auf ihrem Weg zur klimaneutralen Stadt hat Heidelberg im Herbst 2019 einen großen Klimaschutz-

Aktionsplan mit ersten 30 konkreten Vorschlägen aufgelegt, der die Zielrichtung des bereits bestehenden „Masterplan 100 % Klimaschutz“, den es bereits seit 2014 gibt, schärft. Die Vorschläge betreffen alle Lebensbereiche, von Bauen und Wohnen, Ernährung und Konsum über die naturnahe Stadtgestaltung bis zur Mobilität. Über die Einzelmaßnahmen zur Umsetzung sowie die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen entscheidet der Gemeinderat jeweils separat.

Dem Thema Mobilität stellt sich auch der **Verkehrsentwicklungsplan 2035**. Nicht nur die zunehmende Bedeutung von Klimaschutz und Luftreinhaltung sondern auch das Wachstum Heidelbergs, steigende Pendlerzahlen, Elektromobilität, neue Regelungen zum Lärmschutz oder die Digitalisierung verändern den Verkehr. Diesen Herausforderungen soll mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan als strategischem Rahmen zukunftsweisend begegnet werden. Die Erarbeitung soll unter intensiver Beteiligung der Bürger/-innen erfolgen. Erneut sind im laufenden Haushalt sowie in der mittelfristigen Finanzplanung erhebliche Mittel für **Verkehrsprojekte** enthalten, darunter das Straßenerneuerungsprogramm, die Sanierung und Umgestaltung der Dossenheimer Landstraße, die Sanierung bzw. der Neubau von mehreren Brücken und Investitionen in die Radinfrastruktur.

Um die gemeinsame Entwicklung von Zukunftsperspektiven geht es auch beim **Masterplan für das Neuenheimer Feld**. Für Heidelberg als Wissenschaftsstadt hat die künftige Entwicklung des Neuenheimer Feldes zentrale Bedeutung. Stadt, Universität und Land haben 2017 eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die die Grundlage für das gemeinsam geführte weitere Verfahren ist, mit dem eine ebenso zukunftsweisende wie stadtverträgliche Entwicklungsperspektive für den Campus in seiner Funktion als Wissenschaftsstandort einschließlich seiner Vernetzung mit dem Umfeld erarbeitet werden. In 2019 wurden die Entwicklungsperspektiven der vier Planungsteams diskutiert und die Verkehrskonzepte kritisch hinterfragt. In 2020 wurden dann eine Reihe von Grundlagen für die Weiterarbeit von zwei konkurrierenden Planungsbüros festgelegt, die in den vergangenen zwei Jahren unter intensiver Beteiligung der Bürgerschaft erarbeitet worden waren.

Dieser Überblick macht die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgabenstellungen deutlich und zeigt die beträchtlichen Chancen für die eine weitere Steigerung der Attraktivität Heidelbergs auf. Allerdings sind damit hohe Investitionen und Folgekosten verknüpft. Die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung Ende 2019 hat deutlich gemacht, dass auch angesichts der zunehmenden und vielfältigen Herausforderungen die finanziellen Spielräume enger werden und es unbedingt erforderlich ist, bei Sachentscheidungen stets auch die dauerhafte wirtschaftliche Tragfähigkeit des Haushalts im Blick zu haben. Dies gilt insbesondere angesichts der finanziellen Verschlechterungen, die die Corona-Pandemie auch für die kommunalen Haushalte mit sich bringt. Nur so ist die Bewältigung der Zukunftsaufgaben möglich.